

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 81. Ratssitzung vom 21. September 2011

1743. 2011/120

Weisung vom 13.04.2011: Geschäftsbericht des Stadtrats 2010

Beratungsgrundlagen

- Weisung vom 13.04.2011
- Geschäftsbericht 2010
- Bericht und Antrag der GPK vom 05.09.2011
- Tischaufgabe vom 21.09.2011

Statistik betreffend Abschreibungsanträge	
Abschreibungsanträge GPK	64
Nichtabschreibungsanträge GPK	85
= Total Abschreibungsanträge Stadtrat*	149

- * Von den Total 153 Abschreibungsanträgen des Stadtrats wurden die vom Rat im Jahr 2011 bereits abgeschriebenen Geschäfte GR Nrn. 2008/89 und 2008/580 sowie die Geschäfte GR Nrn. 2007/320 (bereits im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts 2009 abgeschrieben) und 2005/375 (Postulat abgelehnt, keine Überweisung an den Stadtrat erfolgt) abgezogen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Katrin Wüthrich (SP): Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Neben dem Geschäftsbericht des Stadtrats sind die Quartalsberichte der Finanzkontrolle ein zentrales und wichtiges Instrument für die Prüfung der Geschäfte. Im März 2011 hat sich die GPK mit der Thematik der wirksamen Oberaufsicht auseinandergesetzt, was zu einigen Anpassungen der Tätigkeit der GPK führte. Sie wird z. B. vermehrt thematische Schwerpunkte festlegen und diese während des Jahres umfassend überprüfen. Auch 2010 konnten wir einige Untersuchungen abschliessen, wie z. B. betreffend die Unfallversicherung Stadt Zürich oder das Pflegezentrum Entlisberg. Mit anderen vertieften Abklärungen haben wir 2010 begonnen, z. B. mit der Untersuchung zum historischen Parkplatzkompromiss oder zur neuen Stabsstelle des Stadtrats. Neben den departementspezifischen Fragen hat die GPK in diesem Berichtsjahr die Schwerpunkte auf die Arbeitssituation, die Wirkung zentraler Dienstleistungen und auf das Qualitätsmanagement und Controlling gelegt. Die Anzahl der Mehr- und Überstunden haben 2010 im Gesundheits- und Umweltschutzdepartement (GUD), im Polizeidepartement (PD) und beim Hortpersonal (SSD)

ausufernde Formen angenommen. Es ist uns bewusst, dass es sich z. B. bei der Polizei um Mehrstunden handelt, die von aussen an sie herangetragen wurden. Nichtsdestotrotz müssen kurz- und vor allem auch langfristige Lösungen gefunden werden. Die Stadtverwaltung bietet mit der IMMO, dem OIZ, der Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV) und der Fachstelle für Beschaffungskoordination zentrale Dienstleistungen für alle Departemente an. Die einzelnen Departemente profitieren von diesen Fachstellen. Die Einführung des flächendeckenden Internen Kontrollsystems (IKS) der Stadt befindet sich im Abschluss. Die Verwaltung konnte diesen Fragenkomplex noch nicht beantworten. Das Finanzdepartement wird das IKS der GPK vorstellen, und die GPK wird sich im Rahmen ihrer Oberaufsicht weiter mit den Fragen des Controlling und des Qualitätsmanagements befassen. Zu den Abschreibungsanträgen der Postulate: Gemäss Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats prüft die GPK die Berichte des Stadtrats zu den Postulaten und stellt anlässlich der Ratsdebatte zum Geschäftsbericht Antrag auf Abschreibung. Die GPK lädt die Postulatseinreichenden jeweils ein, zum Abschreibungsantrag Stellung zu nehmen. Auch in den Vorjahren hat die GPK in allen Fällen die Anträge der Postulatseinreichenden – und somit eine reine Briefträgerfunktion – übernommen. Dieses Vorgehen scheint geschäftsordnungsrechtlich fragwürdig und in der Sache nicht sinnvoll. Die GPK beabsichtigt, auch in Zukunft die Stellungnahme der Postulatseinreichenden angemessen zu berücksichtigen, behält sich aber aufgrund der Prüfung des Sachverhalts vor, dem Gemeinderat einen abweichenden Antrag zu stellen. Über eine allfällige Änderung von Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat der Gemeinderat zu entscheiden. Die GPK hat dazu im Rahmen einer Vernehmlassung am 29. August 2011 zuhanden des Büros des Gemeinderats Stellung genommen. Bei den Anträgen des Stadtrats zur Abschreibung von Vorstössen fällt, wie bereits in den letzten Jahren bemängelt, auf, dass der Stadtrat Postulate abschreiben will, deren Realisierung zwar vorgesehen, aber noch nicht umgesetzt ist. Die GPK bittet den Stadtrat, künftig bei den Abschreibungsanträgen darauf zu achten, dass nur Postulate, die erfüllt oder begründet nicht erfüllbar sind, zur Abschreibung vorgeschlagen werden. Die GPK dankt dem Stadtrat und seinen Mitarbeitenden für die jeweils sorgfältig zusammengestellten, oftmals umfangreichen Unterlagen und die mündlichen Ergänzungen im Rahmen von Besuchen in der GPK. Die GPK-Referentinnen und -Referenten wie auch die Gesamtbehörde konnten im Kontakt mit den Departementen und Dienstabteilungen immer wieder feststellen, dass sich die Mitarbeitenden, das Kader und die Leitungsverantwortlichen in aller Regel stark mit ihrer Arbeit identifizieren und ein hohes Engagement an den Tag legen. Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der GPK dem Antrag des Stadtrats zu folgen und den Geschäftsbericht des Stadtrats 2010 abzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet den Ablehnungsantrag der SVP: Als Oberaufsicht hat die GPK einen wichtigen Auftrag. Aus dem Bericht geht hervor, dass die GPK ihre Aufsichtspflicht vermehrt wahrnehmen will. 2010 hat die GPK zum ersten Mal Schwerpunktthemen gesetzt. Auf Seite 6, unter Traktandum 4, im zweiten Abschnitt steht aus Sicht der GPK-Minderheit der wichtigste Satz dieses Berichts: «Auch in dieser Ausgabe vermisst die GPK kritische Anmerkungen.» Wer den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2010 liest, wird kaum etwas Kritisches finden. Ein Geschäftsbericht muss aber sowohl das Gute als auch das Negative eines Geschäftsjahrs abbilden und kann nicht nur die Sonnenseite der Stadt beleuchten. So gibt es etwa Themen, die monatelang in den

Medien diskutiert wurden, im Geschäftsbericht aber nicht erwähnt werden. Die SVP ist der Meinung, dass ein Geschäftsbericht nicht nur die schönen Seiten darstellen sollte und kann deshalb dem vorliegenden Bericht nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ueli Nagel (Grüne): Die Subkommission Einbürgerungen hat den Auftrag, die Rechtmässigkeit des Ablaufs von Einbürgerungen zu überprüfen. Diese Überprüfung besteht aus zwei Teilen. Zum einen suche ich als Präsident der Subkommission das Gespräch mit dem Stadtschreiber und der Leiterin der Bürgerrechtsabteilung. Zum anderen halten wir Dossierprüfungssitzungen ab, in deren Rahmen die Gesuche durchgesehen und anschliessend Fragen dazu diskutiert werden. Dies sind Fragen der Wohnsitzfristen, der Anforderungen an die Sprachkenntnisse, der wirtschaftlichen Erhaltungsfähigkeit usw.

Christian Traber (CVP): Wir haben letztes Jahr sechs Sitzungen abgehalten und dabei interessante und mitverfolgungsbedürftige Themen behandelt. Wir haben in die POLIS-Datenbank Einsicht genommen. Wir konnten uns über die Beschaffenheit der Falldateien, den Ablauf der Datenerfassung usw. informieren. Dabei kamen auch Spezialthemen auf, wie z. B. die Folge von Doppelerfassungen, die Frage nach dem Zugriffskreis und dem weiteren Datenaustausch oder die Bedeutung einer Löschung aus dem System. Ein weiteres Thema war die Datenbank Gamma. Wir haben uns bestätigen lassen, dass die Datenbank den Betrieb aufgenommen hat und später wieder eingestellt wurde. Die Transparenz und Offenheit haben wir sehr geschätzt. Anhand von Beispielen konnten wir nachvollziehen, wie die Datenbanken funktionieren. Ein weiteres Thema war die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Stadtpolizei im Auftrag des Bundes. Die Lösungen diesbezüglich werden derzeit noch erarbeitet. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Polizeidepartements, die uns die Systeme gezeigt und immer ausgiebig Auskunft darüber gegeben haben.

Peter Küng (SP): Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) hat die Gesamt-GPK nur am Rand beschäftigt, was sicher kein schlechtes Zeichen ist. Umfragen haben ergeben, dass die Zürcherinnen und Zürcher mit der Wasserversorgung zufrieden sind. Die entsprechenden Dienstabteilungen funktionieren offensichtlich. Die Stadt Zürich wächst aber täglich, und mit ihr muss auch die Infrastruktur wachsen und leistungsfähig bleiben. Gute Neuigkeiten gibt es aus verschiedenen Dienstabteilungen, so etwa vom Trinkwasserstollen Uetliberg oder vom günstigeren Wasserpreis. In Sachen Geothermie sind wir hingegen ein bisschen enttäuscht, was im Bericht ruhig auch zum Ausdruck kommen darf. Auch wenn die Ereignisse um den VBZ-Streik nicht in dieses Jahr gefallen sind, möchte ich etwas dazu sagen: Der GPK und der SP ist es wichtig, dass die VBZ funktionieren. Der Arbeitsfrieden soll hochgehalten werden, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen ihre Arbeit unter guten Bedingungen ausführen können. Eine Bemerkung habe ich auch zum Züri-Tram: Ich finde, die Stadt Zürich soll es sich leisten können, dass ihre Trams wie Trams aussehen und nicht mit Werbung zugepflastert sind. Für Leute, die nach Zürich kommen, ist das Tram eine Visitenkarte. Für die Zürcher Bevölkerung ist es ein Stück Identität, die nicht mit irgendwelchen Firmen vermischt werden soll-

te. Aus Sicht der GPK möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Departements danken. Stadtrat Andres Türlar danke ich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit aus meiner Sicht.

Roger Liebi (SVP): Wichtige Probleme der Stadt Zürich, wie z. B. die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit, die Wohnungsnot, der teure Ausbau der Infrastruktur, Sicherheitsprobleme, Lohnschwierigkeiten usw., kommen im Geschäftsbericht des Stadtrats nicht vor. Die Zuwanderungsproblematik wird nicht direkt angesprochen, sondern durch den ausweichenden Begriff «Wachstumsdruck» ersetzt. Einer der Legislatorschwerpunkte 2010-2014 ist die Kultur- und Kreativstadt Zürich. Allerdings scheint Zürich bereits ein internationaler Leuchtturm im Bereich Kultur zu sein, wie man immer wieder hören kann. Ich verstehe deshalb nicht, weshalb die Kultur jetzt noch Gegenstand eines Legislatorschwerpunkts werden muss.

Dr. Daniel Regli (SVP): Auch für mich ist Zürich eine super Stadt, doch in den Geschäftsbericht gehörten nicht nur die «Good News». Ich erlaube mir, zwei Punkte des Geschäftsberichts, die die Arbeit des Stadtrats defizitär erscheinen lassen, aufzunehmen und zu reflektieren. 1.: Der Legislatorschwerpunkt 4 sieht Frühförderung für alle Kinder vor. Es ist zu lesen, der Stadtrat strebe an, «dass sich jedes Kind in Zürich in den ersten vier Lebensjahren möglichst gut entwickeln kann.» Das kaufe ich dem Stadtrat nicht ab. «Möglichst gut» kann sich ein Kind entwickeln, wenn seine Bedürfnisse in dieser Priorität gestillt werden: Ein Kind hat soziale, emotionale und – erst an dritter Stelle – kognitive Bedürfnisse. Wenn der Stadtrat die kognitiven Bedürfnisse voran stellt und nicht Familienförderung betreibt, ruft er nicht «möglichst gute» Entwicklungen hervor. Wenn er der Meinung ist, der Staat müsse kompensieren, was in so vielen Familien schlecht läuft, zeigt dies einzig, dass der Stadtrat ein Zerrbild von der Familie hat. Der Stadtrat benutzt dieses Zerrbild als Legitimation dafür, dass er keine Familienförderung mehr betreiben, sondern nur noch Nothilfe für zerfallende Familienstrukturen leisten muss – für Kinder also, die nicht bekommen, was sie nötig hätten. Ein Kind wünscht sich einen Vater und eine Mutter, die sich ihm in den ersten vier Lebensjahren verschenken. Davon steht im Geschäftsbericht nichts. Familienpolitik – und nicht nur Nothilfe – gehört aber klar zu den Aufgaben des Stadtrats. 2.: Ein Vorfall, bei dem die Personalpolitik und die Sicherheitspolitik ineinander spielen, hat die SVP und insbesondere auch mich sehr schlecht dastehen lassen. Die Streichung von 15 Polizeistellen wird immer wieder der SVP in die Schuhe geschoben, so z. B. kürzlich durch Balthasar Glättli (Grüne) und durch Bastien Girod (Grüne) in den Medien. Es ist bemühend, dass mit Personalpolitik und Sicherheitspolitik Wahlkampf betrieben wird. Der Geschäftsbericht weist aus, dass das Polizeidepartement in den letzten fünf Jahren 4,5 % mehr Stellen erhalten hat. Das Finanzdepartement ist um 22 % gewachsen, und das Schul- und Sportdepartement verzeichnet 39 % mehr Stellen. Die Sicherheitspolitik wurde in den letzten fünf Jahren deutlich vernachlässigt. Ich danke dem Stadtrat für seine Arbeit und hoffe, dass er in der Familienpolitik und in der Sicherheitspolitik in nächster Zeit mit mehr Herz politisiert.

Christoph Spiess (SD): Mit dem Begriff «Wachstumsdruck» trifft der Stadtrat den Nagel eigentlich recht gut auf den Kopf. Die Zuwanderung ist nur eine Folge des Wachstumsdrucks. Von der SVP wünschte ich mir mehr Ehrlichkeit: Sie verhält sich in Sachen Personenfreizügigkeit unredlich.

5 / 13

Jacqueline Badran (SP): Die SVP ist mit ihrer Steuerpolitik verantwortlich für die Migration und hat dem Stadtrat in dieser Sache nichts vorzuwerfen.

Michael Schmid (FDP): Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist lediglich der Ausgangspunkt für die Beratung in der GPK. Wir stellen Rückfragen und beziehen die Antworten in die Beurteilung des Berichts ein. Ein Missfallen der politischen Richtung der Stadt ist kein Grund für eine Ablehnung des Berichts. Es müssten schon fundamentale Fehler vorliegen, die im Widerspruch zu den Vorgaben der Bevölkerung und des Gemeinderats stehen, damit ein Ablehnungsgrund gegeben wäre. Ich beantrage Annahme des Berichts, auch im Namen der FDP.

Roger Liebi (SVP): In privatwirtschaftlichen Unternehmen wird aufgrund des Geschäftsberichts die Decharge erteilt oder nicht erteilt. Auch im Gemeinderat haben wir das Recht, uns kritisch zum Bericht zu äussern und ihn abzulehnen. Wir lehnen ihn ab, weil wir ihn als unvollständig erachten. Vom nächsten Geschäftsbericht erhoffe ich mir, dass er die Zuwanderungsproblematik angemessen beleuchtet.

Aus dem Rat werden keine Anträge gestellt.

Detailanträge der GPK (Abschreibungsanträge Postulate)
vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 05.09.2011 und Tischaufgabe vom 21.09.2011

Der Rat stimmt den Abschreibungsanträgen der GPK stillschweigend zu.

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Referentin; Vizepräsident Dr. Ueli Nagel (Grüne), Irene Bernhard (GLP), Bernhard Jüsi (SP), Peter Küng (SP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP), Christian Traber (CVP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Amacker (SVP)
Abwesend:	Bruno Sidler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 22 Stimmen zu.

6 / 13

Damit ist beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 wird gemäss Art. 41 lit. e der Gemeindeordnung abgenommen.
2. Folgende Geschäfte werden als erledigt abgeschrieben:

Allgemeine Verwaltung / STS

POS	09.02.2005	Gut Susi und Liebi Roger
2005/000232	14.09.2005	Informationspolitik des Stadtrates, Optimierung
2005/000042		

Präsidialdepartement

POS	30.01.2002	Badertscher Beat, Dr. und Sieg Werner, Prof. Dr.
2002/000184	09.04.2003	Kunsthhaus, Realisierung einer Erweiterung mit dem Kanton und privaten Geldgebern
2002/000041		

POS	09.01.2008	Manser Joe A. und Mariani Mario
2008/000014	30.01.2008	Museum Bellerive, Villa Egli, Haus Le Corbusier und Atelier Haller, Integration in das Museumskonzept
2008/000003		

Finanzdepartement

POS	15.01.2003	Roth Mark
2003/000157	02.04.2003	Juristische Personen im städtischen Einflussbereich, Richtlinien für mehr Transparenz
2003/000013		

POS	14.06.2006	Jacobi Heinz und Bucher Judith
2006/000641	03.12.2008	Städtisches Personal, Lohngleichheit von Frau und Mann
2006/000234		

POS	21.06.2006	Barzotto Myriam
2006/000681	03.12.2008	Leistungsvereinbarungen mit Institutionen, Ergänzung betreffend Löhne
2006/000258		

POS	28.02.2007	Garzotto Bruno und Bergmaier Guido
2007/000240	14.03.2007	«Scan Center» des Steueramtes der Stadt Zürich, Arbeiten nur für öffentliche Verwaltungen
2007/000089		

7 / 13

POS 2007/000796 2007/000407	11.07.2007 12.09.2007	Garzotto Bruno und Liebi Roger Städtischer Lager- und Gewerberaum, Erhalt der Nutzung
POS 2007/001250 2007/000617	28.11.2007 09.01.2008	AL-Fraktion, SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Fiskalliegenschaften, Aufwertungen
POS 2008/000454 2008/000191	07.05.2008 04.06.2008	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Städtische Restaurants, vielfältiges Angebot von Bieren
POS 2008/000650 2008/000283	18.06.2008 17.09.2008	Angst Walter und Mauch Corine Neuvermietung städtischer Wohnungen und Gewerberäume, Moratorium betreffend höherer Anlagewerte
POS 2008/000959 2008/000399	03.09.2008 22.10.2008	SP-Fraktion Stadtverwaltung, Berücksichtigung von Produkten aus fairem Handel
POS 2008/000960 2008/000400	03.09.2008 22.10.2008	SP-Fraktion Beschaffungswesen, Einhaltung der Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)
POS 2008/001071 2008/000459	01.10.2008 29.10.2008	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus Spirgartenstrasse, Verzicht auf Parkplatzprovisorium
POS 2008/001196 2008/000503	05.11.2008 10.12.2008	Schwyn Markus und Gut Susi IT-Strategie, Verschiebung Umstellung der Betriebssysteme

Polizeidepartement

POS 2000/000628 2000/000146	29.03.2000 05.06.2002	Spring-Gross Monika und Schönbächler Robert Gebiet Sihlquai, Escher-Wyss-Platz, Hard-, Hardturm- und Pfungstweidstrasse, Massnahmen zur Verkehrsberuhigung
POS 2000/000638 2000/000156	29.03.2000 05.06.2002	Hug Christoph und Glättli Balthasar Stadelhoferstrasse, Schaffung Flanierzone in der Fussgängerzone

POS 2000/001879 2000/000466	27.09.2000 10.01.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg Bäckeranlage und Langstrassenunterführung, Unterbindung des Drogenhandels
POS 2001/002192 2001/000576	14.11.2001 25.02.2004	Schönbächler Robert und Türler Andres Westtangente, Verbot des Lastwagen-Transitverkehrs
POS 2002/001501 2002/000278	21.08.2002 27.11.2002	Danner Ernst und Schmid Georg, Dr. Stadtpolizei/Kantonspolizei, Verwirklichung eines integrierten Ausbildungs- und Karrierekonzepts
POS 2003/000664 2003/000074	05.03.2003 09.03.2005	Liebi Roger und Schwyn Markus Rotlicht- und Drogenmilieu, Bekämpfung der Verlagerung
POS 2004/001705 2004/000583	10.11.2004 30.08.2006	Marthaler Thomas und Traber Christian Sportveranstaltungen, soziale Integration auffälliger Besucherschaft
POS 2004/001706 2004/000584	10.11.2004 30.08.2006	Marthaler Thomas und Traber Christian Sportveranstaltungen, Entschärfung von Gewalteskalationen
POS 2005/000896 2005/000272	06.07.2005 24.08.2005	Tuena Mauro und Liebi Roger Betäubungsmittelabhängige Verkehrsteilnehmende, Schutz der Bevölkerung
POS 2007/000660 2007/000353	13.06.2007 20.06.2007	Stähli-Barth Peter und 4 Mitunterzeichnende Stadion Letzigrund, Pflichten und Verantwortungen der beiden Zürcher Fussballclubs
POS 2007/000910 2007/000466	29.08.2007 26.09.2008	Probst Matthias und Girod Bastien Stadtpolizei, Leibesvisitationen nur bei begründetem Verdacht
POS 2007/001252 2007/000624	28.11.2007 03.12.2008	Butz Marlène und Sarbach Martin Stadelhoferstrasse, Änderung des Fahrverbots

POS	02.04.2008	Bürlimann Martin und Hüsey Kurt
2008/000340	09.07.2008	Fussball-Europameisterschaft 2008 (EURO 2008), Aufhebung von Verkehrsmaßnahmen nach dem Anlass
2008/000155		

Gesundheits- und Umweltdepartement

POS	12.09.2007	Stucker Rolf und Anhorn Ruth
2007/000954	26.09.2007	Pissoir am Bürkliplatz, Verhinderung von Geruchsimmissionen
2007/000491		

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

POS	11.11.1998	Prelicz-Huber Katharina
1998/001990	24.11.1999	Grünau, Umklassierung der Autobahn A 1
1998/000365		

POS	09.02.2004	CVP/EVP-Fraktion
2004/000395	31.05.2006	Kommunaler Verkehrsplan, Konzept für die Umsetzung der Hauptstrassenräume
2004/000069		

POS	06.12.2006	Cerliani Pierino und Nagel Ueli
2006/001366	15.12.2006	Bachöffnungskonzept, beschleunigte Umsetzung
2006/000570		

POS	09.05.2007	Leupi Daniel und Weber Doris
2007/000485	30.05.2007	Provisorische Velostation beim Hauptbahnhof, Zusammenarbeit mit einem Velo-Gewerbebetrieb
2007/000237		

POS	09.05.2007	Leiser Albert und Simon Claudia
2007/000494	30.05.2007	Boulevard-Gastronomie, Überarbeitung des Leitfadens
2007/000246		

POS	02.07.2008	Schwyn Markus und Gut Susi
2008/000739	27.08.2008	Grossveranstaltungen, Abfallentsorgung in der Innenstadt
2008/000326		

10 / 13

Hochbaudepartement

POS 2006/000353 2006/000093	22.03.2006 02.11.2007	Reimann Beatrice und Schönbächler Robert Amtshaus Helvetiaplatz, Vermietung an Jungunternehmen und Kunstschaffende
POS 2007/000869 2007/000447	22.08.2007 19.09.2007	Grüne-Fraktion Stadtspital Triemli, Auswertung des Minergie-P-Standards
POS 2007/001282 2007/000637	06.12.2007 14.12.2007	Grüne-Fraktion, SP-Fraktion und AL-Fraktion Sonderbeitrag zur energetischen Gebäudesanierung und -optimierung, Umsetzung
POS 2007/001287 2007/000642	06.12.2007 14.12.2007	Leupi Daniel und Tognella Roger Skater-Halle Bändlistrasse, Nutzung als günstiger Gewerberaum
POS 2008/000144 2008/000088	06.02.2008 21.05.2008	Wepf Mirella und Danner Ernst Liegenschaften, Einführung des Gebäude-Energieausweises BFE
POS 2008/000647 2008/000280	18.06.2008 03.09.2008	Straub Esther und Barzotto Myriam Areal Kronenwiese, Räumlichkeiten für eine Kinderkrippe
POS 2009/000795 2009/000286	24.06.2009 30.09.2009	Nagel Ueli und Abele Martin Verbesserter Zugang zum Kreisgebäude 3
POS 2010/000341 2010/000144	24.03.2010 14.04.2010	Anhorn Ruth und Wohler Bruno Schulhaus Leutschenbach, Erstellung eines Gitterzaunes beim Pausenplatz

Departement der Industriellen Betriebe

POS 2005/001069 2005/000342	31.08.2005 14.09.2005	Ammann Andreas und Kuhn Rolf S-Bahn- und Fernverkehr am Hauptbahnhof, Spätanschlüsse an VBZ
-----------------------------------	--------------------------	--

POS	24.11.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe EWZ, Rahmenvereinbarung über stromsparende Geräte
2005/001536	21.12.2005	
2005/000522		

POS	23.01.2008	Ammann Andreas und Kuhn Rolf VBZ-Buslinie 71, Weiterbetrieb nach Senkung der Betriebskosten
2008/000084	18.06.2008	
2008/000059		

Schul- und Sportdepartement

POS	14.07.1999	Erdös-Schärer Susanne und Burri-Wenger Maya Horte, frühzeitige Bekanntgabe der Kinderzuteilung
1999/001301	30.08.2000	
1999/000339		

POS	03.07.2002	Bucher-Steinegger Heidi und 8 Mitunterzeichnende Volksschule, ausserfamiliäre Mittagsbetreuung für die Oberstufe
2004/001385	25.08.2004	
2004/000452		

POS	15.09.2004	Bucher Gregor und Leupi Daniel Zuteilung von Hort- und Kindergärtenplätzen, frühzeitige Meldung an Familien
2004/001466	03.11.2004	
2004/000499		

POS	02.11.2005	Di Concilio Salvatore und Polloni Rohner Gisela Kindergartenhaus, Zugänglichkeit des Pausenplatzes für die Öffentlichkeit
2005/001318	04.03.2009	
2005/000440		

POS	30.11.2005	Badran Jacqueline Kindergärten, Horte und Fachstellen, Einbezug in das Projekt «Schulen ans Verwaltungsnetz»
2005/001475	14.12.2005	
2005/000505		

POS	07.12.2005	Di Concilio Salvatore Lehrstellen, Einrichtung weiterer Lehrwerkstätten und Bericht über deren Kosten
2005/001528	24.10.2007	
2005/000528		

POS	04.07.2007	Schicker Daniela und Filli Peider und 14 Mitunterzeichnende Musikunterricht, Sicherstellung für alle Schülerinnen und Schüler
2007/000755	22.08.2007	
2007/000382		

12 / 13

POS 2008/000692 2008/000301	25.06.2008 10.09.2008	Kisker Gabriele und Monika Bloch Süss Angebot Seniorinnen und Senioren in der Schule, Ergänzung des Betriebskonzepts
POS 2008/000812 2008/000345	09.07.2008 01.10.2008	Danner Ernst und 10 Mitunterzeichnende Schulkreis Glattal, zusätzliche Hortplätze im Quartier Affoltern
POS 2008/001251 2008/000537	26.11.2008 12.12.2008	Recher Anja Schulamt und Schulgesundheitsdienste, Überprüfung der Stellenpläne
POS 2008/001275 2008/000545	03.12.2008 12.12.2008	SP-Fraktion Hortplätze, Ausbau
POS 2008/001276 2008/000546	03.12.2008 17.12.2008	SK Präsidial- und Schul- und Sportdepartement Schulbereich, Synergien bei Zusammenlegungen
POS 2008/001304 2008/000560	10.12.2008 07.01.2009	SK Präsidial- und Schul- und Sportdepartement Verein Pestalozzigesellschaft, Unterstützung für kantonale Subventionen

Sozialdepartement

POS 2006/000466 2006/000131	28.04.2006 21.06.2006	FDP-Fraktion Pflegekindervermittlung, Qualitätssicherung
POS 2007/000489 2007/000241	09.05.2007 05.11.2008	Katumba Andrew und Barzotto Myriam Krippen und Horte, Verlängerung der abendlichen Öffnungszeiten
POS 2008/000114 2008/000075	30.01.2008 04.02.2009	Tuena Mauro und Bartholdi Roger Sozialinspektorat, Erhöhung der Stellenzahl
POS 2008/000576 2008/000258	04.06.2008 10.09.2008	Meuli Myrtha und Danner Ernst Kinderschutzmassnahmen, Anpassung der Personalressourcen

13 / 13

POS	23.09.2009	Schwyn Markus und Gut Susi
2009/001226	21.10.2009	Asylorganisation Zürich, Verbesserung der Informationspolitik
2009/000427		

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation der Ziffer 1 am 28. September 2011
gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat